

STEFFEN KACHEL

Zum Spannungsfeld von PDS und Parlamentarismus

Der Beitrag von Horst Dietzel
regt zur Darlegung alternativer Sichten an.

Der Richtungsentscheid von Gera

Natürlich – hier ist Horst Dietzel¹ zuzustimmen – handelte es sich bei den Auseinandersetzungen in Gera keinesfalls nur um persönlich gefärbte Platzkämpfe, sondern um das Aufeinanderprallen unterschiedlicher politischer Strategien, um einen Richtungsstreit, der sich übrigens schon länger angebahnt hatte². Es ging und geht letztlich um den Platz, den die PDS im politischen Spektrum einnehmen soll und der ihr einen Zweck und eine Zukunft sichert. Dietzel konstruiert die Alternativen zwischen einer aktiven Teilnahme an den parteipolitischen Auseinandersetzungen der Berliner Republik und einem positiven Bezug auf die sozialen Bewegungen. Den Nachweis für den von ihm angenommenen Antagonismus zwischen beiden Orientierungen ist er schuldig geblieben.

Aus meiner Sicht geht es vielmehr um die grundsätzliche Frage, woher die PDS in den parteipolitischen Auseinandersetzungen der Berliner Republik die Kriterien für ihr politisches Verhalten beziehen soll: aus den Konstellationen selbst oder aus den in sie gesetzten Erwartungen der Wähler, Mitglieder und Bündnispartner, die mit den Konstellationen und vorhandenen Spielräumen in Beziehung gesetzt werden müßten.

Eine spannende Frage, die nicht neu ist. Beispielsweise fand sich die SPD der frühen Weimarer Republik als programmatisch den Kapitalismus überwinden wollende Partei in dem Dilemma zwischen strategischen Zielen und Klientelinteressen (Sozialisierungsfrage, Betriebsrätegesetz, völlige Umwälzung der öffentlichen Verwaltung) auf der einen und staatspolitischer Verantwortung auf der anderen Seite.³ Die Befürworter der Übernahme von Verantwortung überwogen; ohne große Debatte und ohne wesentliche Forderungen an eine Regierungsbeteiligung stieg man im Reich und in Preußen in die Regierungen ein. Als infolge der unausweichlichen Diskreditierung der politischen Absichten und Ziele der Partei die Wähler zu Hunderttausenden nach links oder zu den Nichtwählern abwanderten, erzwang ein neu erstandener linker Flügel um 1922/23 erstmals eine Debatte in der Partei um die *Grenzen von Kompromissen* und um *Kriterien für die Übernahme von Verantwortung* im System, und zwar ohne Regierungsbeteiligung grundsätzlich abzulehnen. Daß sich in der Regel jede in Regierungsverantwortung befindliche Partei innerhalb eines parlamentarischen Systems abnutzt, aber linke, das bestehende ökonomisch-politische System transzendierende Parteien insbesondere, ist bekannt.

Steffen Kachel – Jg. 1965,
Dr. phil., promovierte auf
dem Gebiet der Geschichte
an der Universität Erfurt.

1 Siehe Horst Dietzel:
Wohin geht die PDS? Zur
Richtungsdiskussion in der
Partei, in: UTOPIE kreativ,
Heft 149 (März 2003)
S. 265-273.

2 Akut wurde der Konflikt,
als mitten im Wahlkampf
gemeldet wurde, daß Teile
der damaligen Parteiführung
die Parteivorsitzende ab-
lösen wollen. Siehe:
Spiegelarchiv: Spiegel
online 18. 8. 2002, Der
Spiegel 7. 9. 2002.

3 Eingehender dazu Dietmar Klenke: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, 2 Bände, Münster 1983.

Interessant auch Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 34 ff.; Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus, S. 39 ff. Damals konnte man aber anders als heute im Falle der PDS tatsächlich zur Auffassung gelangen, daß die Existenz der Republik in hohem Maße vom staatlichen Engagement der SPD abhängt. Trotzdem hatte gerade die überhaupt nicht auf die Stärkung außerparlamentarischer demokratischer und linker Potentiale gerichtete Politik der SPD-Mehrheit einen hohen Anteil an der ungenügenden Widerstandsfähigkeit der Republik gegen Rechts zu beanspruchen.

4 Siehe die Titelseite der Thüringischen Landeszeitung vom Februar 2003.

Ähnlich entwickelt sich nun die Debatte innerhalb der PDS. Es gibt einen Flügel (vor allem bei Funktionsträgern der Partei), der scheinbar weitgehend ohne Rücksicht auf Profilverluste in die Verantwortung drängt. Es gibt auch Teile der Partei, die eine Verantwortungsübernahme in diesem System generell skeptisch beurteilen. Beide dürften an den Erwartungen erheblicher Teile der Wählerschaft der PDS vorbeigehen, die erste Strömung allerdings deutlicher, denn es gibt einen nachweisbaren Teil in der Anhängerschaft der PDS, der das Vorhandensein einer linken Opposition an sich als notwendig und unterstützenswert ansieht, aber sicher kaum einen Wähler, der ein Mitregieren ohne (programmatisch profilgebende) Ergebnisse vertritt. Interessant ist, daß Dietzel die Erwartungen der PDS-Wählerschaft an keiner Stelle als Kriterium für das politische Handeln thematisiert, obwohl es sich hierbei um den grundsätzlichen Rahmen des Handelns jeder Partei in einem parlamentarisch-pluralistischen System handelt. Die Meinung der PDS-Wählerschaft zur Entwicklung des Parteiprofils beginnt sich abzuzeichnen.

Unsere heutige Situation

Bis zum Regierungseintritt in Mecklenburg und Berlin hat die PDS für einen Großteil der Wähler nicht zuletzt ein gesellschaftliches Druckpotential dargestellt. Ihr »Gebrauchswert« bestand vor allem darin, daß mit der Wahl der PDS gedroht werden konnte. Der Spruch: »Wenn die so weiter machen, dann wähle ich auch noch PDS!« könnte für diese Phase als kennzeichnend betrachtet werden. Auch heute noch ist davon etwas übrig. Wenn die Arbeitslosen auf einer Demo in Erfurt drohen: »Wenn Ihr uns die Existenz nehmt, nehmen wir Euch die Macht!«⁴, dann wollen sie nicht den demokratischen Parlamentarismus abschaffen, sondern sie behaupten, daß es zu den etablierten Parteien, die sie für ihre Lage verantwortlich machen, eine wählbare Alternative gibt. Hoffen wir, daß sie nicht die Rechtsradikalen meinen, sondern etwas diffus doch eher die PDS, die da oder dort im Lande immer noch ein Hauch von Systemkritik umgibt.

Als solche Hoffnung für die Frustrierten angesichts des globalen Handelns von Großkapital kommt eine Partei nicht mehr in Frage, die ihre Kritik an dem Agieren der anderen Parteien ausrichtet und im »Bewährungsfall« mit Sozialkürzungen und der Heraufsetzung des Kinderschlüssels in den Kindergartengruppen untersetzt.

Bereits heute ist die PDS aber aus dieser früheren Position der Kritik- und Protestpartei herausgewachsen in eine Rolle, in der sie, wie Umfragen ausweisen, als eine Partei wie andere auch angesehen wird. Was manche PDS-Funktionäre mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, sollte statt dessen Anlaß zum Nachdenken geben: der Verlust von Alleinstellungsmerkmalen bedeutet auch immer Verlust von Wahlmotivationen.

Freilich gibt es zu einem Weg, der auch Regierungs-Mitverantwortung einschließt, keine Alternative, aber die Anforderungen sind hier deutlich höher als auf dem Feld der Kritik: Es gilt; wo man mitut, etwas im Sinne der Erwartungen der eigenen Klientel zu verändern. Hierzu werden profilträchtige Konzepte und Durchsetzungsvermögen gebraucht. Beides aber lassen bis heute scheinbar gerade

die vermissen, die sich besonders engagiert für den Weg in die Instanzen aussprechen. Auch bei Dietzel wird die Frage des Hinein oder Nicht Hinein pauschal gestellt und jegliche Reflexion auf notwendige Ergebnisse bleibt aus. Der Tag der Mitverantwortung ist aber immer nur der Tag vor dem nächsten Wahltag.

Wer heute für einen Übergang der PDS in eine Position des wenig konturierten Mitregierens argumentiert, ohne dafür Bedingungen, Kriterien und Grenzen zu benennen, wie es Dietzel tut, führt sich ungenügend vor Augen, daß eine solcherart neu orientierte PDS sich in ihrer gesellschaftlichen Funktion kaum noch von SPD und Grünen abheben würde. Allein der Weg, die Übernahme von öffentlicher Verantwortung in diesem Staat an die Umsetzung *alternativer Politikangebote* zu binden, kann der PDS Zweck und Zukunft sichern. Schon allein die aus einem Profilverlust resultierenden verminderten Wahlchancen – um so mehr die eigenen programmatischen Ansprüche – stellen höhere Anforderungen an eine Regierungsbeteiligung der PDS oberhalb der kommunalen Ebene. Denn hier gibt es einen erheblichen Unterschied: Dem engagierten Bürgermeister glaubt jeder Mensch, daß er an den »großen Rahmenbedingungen« wenig ändern kann. Schon von einer Landesregierung mit PDS-Beteiligung wird mehr erwartet. Warum, so fragt sich der Wähler, beteiligt sie sich sonst? Warum soll ich sie wählen?

Völlig abwegig sind die Warnungen Dietzels vor einem Abgleiten in eine orthodoxe Position in der linksradikalen Ecke. Jeder, der die PDS, ihre kommunale Arbeit, die Inhalte, die ihre Landtagsfraktionen bewegen, die Diskussionsbreite kennt, die die örtlichen Vorstände, die Parteibasis und die aktive Anhängerschaft aufzubieten haben, weiß, daß der Zug zu einer kommunistischen Partei traditionellen Stils längst abgefahren ist und – zumindest in Ostdeutschland – gegen 80 Prozent ihres Potentials an Funktionsträgern, Abgeordneten und ehrenamtlich Aktiven durchgesetzt werden müßte. Eine Unmöglichkeit, eine Schimäre, die man bestenfalls für die Folge mangelnder Detailkenntnisse halten kann.

Eine langfristige Strategie

Was aber, wenn die auf kommunaler und Landesebene zur Verfügung stehenden Spielräume für die Formulierung einer linken Politik nicht ausreichen? Ist es dann die Aufgabe der PDS, die von oben exekutierten Zwänge neoliberaler Politik, die sich aus politisch gewollt sinkenden Staatseinnahmen ergeben, konkret umzusetzen? Doch wohl nicht. Eher könnten einzelne, nicht tief in das Profil der Partei einschneidende Maßnahmen hingenommen werden, wenn dafür anderes, Gewichtigeres erreicht würde. Daß es nicht im Interesse der PDS liegen kann, den Glauben an die Möglichkeit politischer Alternativen überhaupt zu erschüttern, dürfte auf der Hand liegen. Diese Frage berührt unmittelbar die Motivation ihrer Wähler.

Unter diesen Rahmenbedingungen sollte die politische Strategie davon ausgehen, daß es der PDS im Zentrum darum gehen muß, *langfristig* Chancen für politische Alternativen zu erhöhen und tatsächlich nutzbar zu machen. Dazu ist es notwendig,

1. zu verhindern, daß Glaubwürdigkeit, Kreativität und Ausstrahlungskraft der PDS im Prozeß des Einbauens in die herrschende

5 Diese Erwartungen gelten vorrangig nicht irgendwelchen materiellen Weihnachtsgeschenken, die die Wähler konkret von der betreffenden Partei erwarten, sondern normieren ihr Verhalten: Wie kompetent erscheint die Partei in der Opposition, was hat sie für Konzepte, wie verhält sie sich daran gemessen in der Regierung?

6 Das schließt es aus, sich an Erfolgen zu berauschen, wie es bei anderen Parteien üblich ist. Eine solche Regierung wird sich z. B. eben nicht dafür loben, dass es gelungen sei, alle Jugendlichen in Ausbildungsplätze unterzubringen, sondern sie wird sagen, daß die Hälfte der Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Ausbildungen angesiedelt ist, die nicht vollwertig sind, daß sie deswegen nicht zufrieden ist und alles daransetzt, über weitere Schritte, auch in Richtung auf den Bund, eine Veränderung der Situation zu erreichen.

7 Siehe meinen Beitrag in Disput 11/02: Heraus aus der Krise heißt hinein in die Inhalte.

neoliberale Politik verbrennen. An jede Partei werden von ihrer Wählerschaft konkrete Erwartungen⁵ geknüpft, deren Enttäuschung sich vor allem linke Parteien, die gemeinhin die Medien gegen sich haben, nur begrenzt und befristet erlauben können. Eine Politik, die öffentliche Ämter anstrebt und besetzt, ohne dabei einen ausreichend starken Beitrag für das politische Profil der PDS im Sinne der Erwartungen unserer Wähler zu leisten (oder leisten zu können), ist höchst gefährlich. Eine solche naive und die Funktionsweise des Parteienpluralismus ignorierende Herangehensweise muß der Vergangenheit angehören. Niemand wird der PDS erweiterte Spielräume beschaffen, wenn sie sich diese nicht selbst als einen integrativen Teil ihrer Tagespolitik mit außerparlamentarischen Partnern gemeinsam erkämpft.

2. vorhandene Spielräume für tatsächlich sichtbare Veränderungen zu nutzen. Hier genügen auch kleine Schritte, wenn sie denn mit dem gelungenen Versuch verbunden sind, *den PDS-Wählern* die Enge der Spielräume genauso deutlich zu machen⁶ wie die Übereinstimmung dieser kleinen Schritte *mit der Richtung* unserer langfristigen Ziele. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß entsprechende Konzepte für die Durchsetzung konkreter Veränderungen zur Ausprägung unseres Profils unter den gegenwärtigen Bedingungen vorliegen. Deren Erarbeitung muß unter Einbeziehung alternativer Sichten und interner Problemkenntnis bereits in Oppositionszeiten mit aller Kraft vorangetrieben werden und so konkret wie möglich sein, auch wenn die hier geleistete Arbeit zunächst relativ wenig für die Außenwirkung zu erreichen vermag.⁷

3. die anstehenden strategischen Entscheidungen (unter welchen Bedingungen gehen wir in eine Landesregierung hinein, stimmen wir einem uns programmatisch belastenden Haushalt zu, wenn daran die Weiterarbeit der Regierung hängt, in der wir noch wichtige Projekte verfolgen u. ä.?) mit möglichst großem Rückhalt in Mitgliedschaft und Wählerschaft zu entscheiden. Es geht darum, Vor- und Nachteile von Entscheidungsvarianten handhabbar, kontrovers und entscheidungsoffen zu diskutieren und auf Parteitag und unter Nutzung plebiszitärer Elemente zu entscheiden. Solche Entscheidungen werden sich – zumal bei einer sachorientierten, ohne Persönlichkeiten auskommenden Diskussion der Varianten – auch bei problematischen Folgewirkungen (die es in nahezu jedem Fall geben wird) immer auf eine hohe Legitimation stützen können, im Gegensatz zu den Entschlüssen einzelner Führungsgremien oder gar nur der Parlamentsfraktionen.

Und dann ist da schließlich noch das Problem der Professionalität
Zwar haben die Medienwissenschaftler sicher recht, wenn sie im Rahmen der Mechanismen für die generelle Aufmerksamkeitserregung meinen: eine schlechte Nachricht ist besser als keine Nachricht. Aber was die PDS braucht, sind Funktionäre und Parlamentarier, die im Sinne ihrer Programmatik und der in sie gesetzten Erwartungen linker Gesellschaftsveränderung positive Nachrichten und ein gutes Zusammenspiel produzieren. Dabei können, wie bei anderen Parteien auch, unterschiedliche Flügel und Positionen durchaus eine Rolle spielen, aber ihr Agieren muß im Rahmen eines Gesamtkon-

zeptes erfolgen und bedarf einer von allen vertretenen Klammer und gegenseitiger Solidarität gegenüber den politischen Konkurrenten und den Medien. Die Zeit auf ewig gepachteter Wahrheiten muß auch in der Geisteshaltung von Sozialistinnen und Sozialisten wirklich vorbei sein. Es gibt kein Entweder-Oder in der Stellung zum Parlamentarismus, keine richtige Entscheidung zwischen Totalopposition und völligem Versacken im Mitregieren. Es gibt nur die Suche nach einem für die Linke produktiven Weg, der Kompromisse genauso kennen muß wie ein kräftiges »Nein!«, wenn es am Platze ist.

Mit gesellschaftlichem Problembewußtsein, fachkundigen profilbildenden Lösungskonzepten, den Mitgliedern und Wählern der Partei gegenüber loyalen Spitzenpolitikern, einer aktiven, in Entscheidungen einbezogenen Anhängerschaft, mit der demokratischen Debatte von Möglichkeiten und Grenzen wichtiger politischer Entschlüsse, einem Selbstbewußtsein, das die PDS-Politik an den tatsächlich erreichten Ergebnissen und den Erwartungen ihrer Wähler mißt, wird es der PDS gelingen, in dieser Richtung mehr Kompetenz zu entwickeln, wird sie mit vielen anderen gemeinsam mehr Chancen für gesellschaftliche Veränderungen erreichen können.

Spendenaufruf

Unser »Bücherbus Bertolt Brecht« fährt seit 1987 durch Nicaragua und bringt Bücher in entlegene Dörfer und Schulen. In Managua befindet sich unsere deutsch-nicaraguanische Bibliothek. Sie ist die größte öffentliche Bibliothek der Stadt, und wird vor allem von Schülern, Studenten und den Bewohnern der umliegenden Stadtteile genutzt.

Beide Projekte sind zur Begleichung der laufenden Kosten auf Ihre Spenden angewiesen – damit wir sie weiterführen können, bitten wir um Ihre finanzielle Unterstützung.

weitere Informationen: www.bibliobus.edu.ni

*Ein Bücherbus für Nicaragua e.V.
Hermesweg 9
60316 Frankfurt/Main
Tel./Fax: 069/492694
email: Elisabeth.Zilz@t-online.de*

Frankfurter Volksbank (BLZ 501 900 00),
Kto.-Nr. 77 609 407

JÖRN SCHÜTRUMPF

Krisenhafte Kommunikation. Thesen

Das Bundestagswahlergebnis und der Umgang mit ihm haben die seit Jahren schwelenden Probleme der PDS unumkehrbar an die Oberfläche gefördert:

Erneuerungsdefizit I:

Während die Partei – lange Zeit glaubwürdig – nach außen den Anspruch auf transparente (Oppositions-)Politik vermittelte, fand die reale Politikformulierung im kleinsten, seit Mitte der 90er Jahre nicht immer demokratisch legitimierten, Kreis statt. Angesichts der Orientierungsprobleme, mit denen zumindest während der ersten Jahre viele der Mitglieder zu kämpfen hatten, stand als Alternative zu diesem Vorgehen nur die Auflösung der Partei. Nun ist aber ein Festhalten an dieser Verfahrensweise unmöglich geworden – die Partei würde daran zugrunde gehen.

Erneuerungsdefizit II:

Die unterdessen ausgebrochenen Auseinandersetzungen um den zu beschreitenden Weg gestalten sich zusehends seltener als Dialog und immer häufiger als parallel ablaufende Monologe. Jeder redet seins und bestenfalls darüber, was die/der andere gemeint habe und nicht darüber, was sie/er gesagt hat. Eine Debattenkultur fürs gesprochene Wort – vom geschriebenen Wort kann bei den meisten ohnehin nicht die Rede sein – wurde in der PDS bisher nicht entwickelt. Will die Partei als emanzipatorische Kraft eine Zukunft gewinnen, wird sie kaum umhin können, ihre Auseinandersetzungen öffentlich nachvollziehbar zu gestalten. Dazu bedarf es eines Bruchs mit einer der widerlichsten Traditionen der (deutschen) Linken: der Verdächtigung aller, die »abweichender Meinung« sind, als »Verräter« etc. Die PDS benötigt eine offene Diskussionskultur wie die Luft zum Atmen.

Erneuerungsdefizit III:

Von den sogenannten Quereinsteigern – also Menschen, die vor der Wende ihr Brot nicht in der Politik verdienten und anfangs der PDS wesentlich ihr Gesicht verliehen – sind nur wenige übriggeblieben. An vielen Punkten haben sich in der Partei Politikerinnen und Politiker durchgesetzt, die in den achtziger Jahren schon hauptamtlich in der Politik oder in politischen Apparaten tätig sowie jung und intelligent genug waren, sich vom Kommandosystem der SED nicht das eigenständige Denken austreiben zu lassen. Ohne sie wäre die PDS

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Historiker, Dr. phil., Mitglied der Redaktion UTOPIE kreativ, leitet die Öffentlichkeitsarbeit an der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: Heft 150 (April 2003), Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse, in: (Heft 152, Juni 2003)

nicht denkbar; viele von ihnen sind die »Macher«, die tagtäglich die Voraussetzungen für die Weiterexistenz der Partei schaffen. Allerdings: Die Arbeitsweise in der SED beruhte nicht auf Kooperation, sondern auf Subordination, und das Postulat von der Einheit und Reinheit der Partei erzwang Intoleranz. Viele von uns haben sich von ihrer – zumindest begonnenen – Sozialisierung durch das Kommandosystem der SED nicht emanzipiert, ja die meisten hatten auf Grund der Arbeitsbelastung überhaupt nicht die Möglichkeit, über diese Frage nachzudenken. Hier steht uns allen – jedem für sich – eine Auseinandersetzung mit sich selbst ins Haus.

Erneuerungsdefizit IV:

Viel wird über das hohe Durchschnittsalter der PDS räsoniert. Darüber wird oft ein nicht minder gefährliches Problem vergessen (gemacht): Auf der Ebene ihrer Repräsentanten und Verantwortlichen in Partei und Parlamenten ist die PDS eine Ein-Generationen-Partei; es dominieren die Vierzig- bis Mitte-Fünfzig-Jährigen. Systematische Investitionen in die Nachwuchs- und Bildungsarbeit sind aus vielerlei, meist verständlichen Gründen nicht bzw. zu spät erfolgt. Die Folgen sind heute schon bei vielen Personalentscheidungen spürbar: Es fehlt an gut qualifizierten, die Widerwärtigkeiten und Chancen dieser Gesellschaft souverän reflektierenden jungen Frauen und Männern, die ein Engagement als Herausforderung empfinden. Dieser Zustand zeigt, wie weit die Partei noch in der Gesellschaft verwurzelt ist.

Erneuerungsdefizit V:

Auch bei der Kommunikation innerhalb der PDS sowie der PDS mit der Gesellschaft zeigen sich schwierige Probleme:

1) Seit Anfang an konnte die PDS in ihrer Kommunikation mit der Gesellschaft davon ausgehen, daß sie ihre Erfolge bestenfalls in zweiter Linie den Inhalten ihrer geschriebenen oder gesprochenen Texte verdankte. Viel wichtiger waren die zwischen und hinter den Zeilen liegenden Subtexte, die oft nicht verbalisierten Botschaften sowie positiv besetzte Assoziationen, die bewußt, nicht selten auch unbewußt vermittelt wurden: Die PDS stand für einen Wärmestrom, der sich aus verschiedenen Elementen speiste: Ostidentität, Gerechtigkeit (vor allem für den Osten), Partei der Tat (Rente, Wohnung), intellektuelle Brillanz, Frieden, Tabubruch (für Jüngere). Das galt innerhalb der Partei als so selbstverständlich, daß es gar nicht oder nur unzureichend reflektiert wurde. Unterdessen schmelzen die Milieus, die die PDS stützen. Die ehemalige Dienstklasse der DDR bedarf immer weniger einer eigenen Interessenvertretung; der Verlust des intellektuellen Charmes, der sich einst mit den Namen Gysi, Bisky, Brie, Schumann verband, treibt Intellektuelle in die Abstinenz; der Sozialabbau in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin – ob real oder »gefühl« – verprellt junge Frauen. Daneben wenden sich auch die stets aufs neue zu gewinnenden Anhänger ab: Jugendliche, für die das Wählen von PDS einen kalkulierten Tabubruch bedeutete; die neuen intellektuellen Eliten aus den IT- und Kreativbereichen, die mit PDS eine andere politische Kultur assoziierten.

2) Die Kommunikationsstörung der PDS ist allgemein geworden. Wir finden sie zwischen der Partei und der Gesellschaft; innerhalb der Partei zwischen gewählten Leitungen und Abgeordneten/Ministern einerseits und der Basis andererseits; zum Teil zwischen gewählten Leitungen und Abgeordneten/Ministern; zwischen Intellektuellen und Funktionären, die aus intellektuellen Milieus in die Politik wechselten; zwischen Kommunalpolitikern und Bundespolitikern; zwischen Mitgliedern, die schon seit längerem aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß ausgeschieden sind, und Mitgliedern, die einen täglichen Überlebenskampf auszuhalten haben; zwischen jüngeren Mitgliedern, die sich in einer Subkultur eingereicht haben, und jüngeren Mitgliedern, die einen ausgeprägten Aufstiegswillen an den Tag legen – und so weiter. Die bisher praktizierte Politische Kommunikation in der Partei sowie der Partei in die Öffentlichkeit ist gescheitert.

3) Der bisherige gemeinsame Wertehaushalt erschöpft sich; anders als bisher kann kaum noch sowohl innerhalb der Partei als auch nach außen »von Bauch zu Bauch« kommuniziert werden. Die Ansprache »von Hirn zu Hirn«, in der Hoffnung, das Herz oder – um im Bild zu bleiben – den Bauch zu erreichen, hat die PDS aber nicht gelernt.

4) Wie bereits André Brie, Michael Brie und Michael Chrapa in ihrer Wahlauswertung (Standpunkte der rls, 7/2002) schrieben, führt das dazu, daß die Partei

- fast ausschließlich reaktiv handelt und kaum in der Lage ist, medial Themen zu besetzen und Öffentlichkeiten zu beeinflussen,
- zu sehr auf parlamentarische Formen von Politik fixiert ist und die Bedeutung gesellschaftlich breiter Diskussionen und die außerparlamentarische Bündnisbildung unterschätzt,
- Kommunikation sehr stark auf die Vermittlung von »Botschaften« der PDS bzw. ihrer Führung an die Bürgerinnen und Bürger reduziert statt sich selbst »zum Teil der öffentlichen Auseinandersetzungen zu machen« und dabei von linker Seite her durch Mobilisierung und Kampagnen sowie mediale Inszenierung verdrängte Positionen der Bürgerinnen und Bürger zur Geltung zu bringen,
- nicht den »kleinen Leuten« Gehör verschafft, sondern versucht, sich selbst in der Öffentlichkeit mit Worten groß zu machen – was ständig verfehlt wird,
- öffentlichen Protest und öffentliche Diskussion nicht symbolträchtig inszeniert und
- nicht im wirksamen Gespräch mit sozialen Bewegungen, Verbänden ist.

Was bleibt?

Im klinischen Sinne ist eine Krise der Punkt, an dem sich entscheidet, ob ein Patient stirbt oder ob er die Chance auf Genesung und damit auf Verlängerung seines Lebens erhält. Da es für Parteien keine Kliniken gibt, sind sie auf ihre Selbstheilungskräfte verwiesen. Anders als beim vom Tode bedrohten Menschen lassen sich diese Kräfte in Parteien »herbeireden«: Indem man miteinander und mit der Gesellschaft redet – und nicht nur übereinander.